

Noch leben sie, die Zeugen

Marie-Josée Kuhn, Chefredaktorin work

Es ist noch gar nicht lange her. Erst vor fünfzig, sechzig Jahren kamen jene italienischen Búezerinnen und Búezer in die Schweiz, die unsere Strassen bauten, den Gotthard oder in Hotels arbeiteten. Als Saisonniers. Unter dem Saisonnierstatut. Es regelte vor der Einfúhrung der Personenfreizúgigkeit 2002 die Zuwanderung in die Schweiz. Als fremdenpolizeiliches Regime. Diese Broschúre will Licht bringen in dieses dunkle Kapitel der Schweizer Geschichte.

«**Tschinggen**». Das Saisonnierstatut degradierte die Italiener zu Arbeitern zweiter Klasse. Man steckte sie in Baracken, ausserhalb der Wohngebiete der Einheimischen. Vier Mánner in ein enges Zimmer, mit viel zu wenig Toiletten und Duschen. Frau und Kinder konnten sie nicht mitnehmen, ihre Stelle durften sie nicht wechseln. 50 Stunden chrampfen auf der Baustelle, auch am Samstag. Wir nannten sie «Tschinggen», warnten unsere Tóchter vor ihren «heissen Blicken» und lauten Pfiffen. Und am Ende der Saison, im November, schickten wir sie wieder weg.

Apartheid. Die direkten Zeuginnen und Zeugen dieser dústeren Zeit leben noch. Etwa Bruno Cannellotto oder Aurora Lama. Noch können sie reden und vor einem Rúckfall warnen. Denn die SVP will genau das, sie fordert ein neues Saisonnierstatut. Sie nennt es ein «gutes System». Schon wieder zwei Klassen von Menschen. Die Schweizerinnen und Schweizer und die Fremden.

Weiss (und privilegiert) und schwarz (und brutal unterdrúckt): In Súdafrika hiess diese Art von rassistischem Zweiklassensystem einst Apartheid. Die Wellblechhúten in Soweto und die Baracken am Gotthard sind sich nicht unánhlich. Sie entspringen einem vergleichbaren Herrendenken.

Es verwundert deshalb nicht, dass die Apartheidsfreunde von damals die EU- und Fremdenfeinde von heute sind. Wie Christoph Blocher und Ulrich Schlúer.

Feindbilder. Die Angst vor dem Fremden und der Fremdenhass bilden eine Konstante in der Schweizer Geschichte. Juden, Italiener, Spanier, Tamilen, Jugoslawen: Alle wurden sie (erst) zu Feindbildern gestempelt. Zur Bedrohung für die Schweiz. Warum? Der Schriftsteller Peter Bichsel sagt es so: «Die Schweiz funktioniert nur mit Feindbildern.»

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort, Vania Alleva:	
<u>Die Geschichte darf sich nicht wiederholen</u>	1 – 2
Bruno Cannellotto:	
<u>Baracken am Stadtrand</u>	3 – 8
Ralph Hug:	
<u>Schweizer Schandfleck</u>	9 – 10
Ralph Hug über Aurora Lama:	
<u>«Ich war ein verstecktes Kind»</u>	11 – 12
Vasco Pedrina:	
<u>«Herr Brunner, Sie schaden der Schweiz»</u>	13 – 16
Ralph Hug:	
<u>Der lange Atem von Blocher & Schlúer</u>	17 – 20
Matthias Preisser:	
<u>Ganz unten – in der reichen Schweiz</u>	21 – 22
Ralph Hug:	
<u>So kamen die «Jugos» zu uns</u>	25 – 28
Marie-Josée Kuhn:	
<u>Was wäre die Schweiz ohne Pizza ?</u>	29 – 32
Paul Rechsteiner:	
<u>Kein Zurück zur Diskriminierung</u>	33 – 38
Peter Bichsel:	
<u>«Demokratie ohne Demokraten»</u>	39 – 46
<u>Geschichte des Saisonnierstatuts und Impressum</u>	47 – 48
Alle Texte ausser dem Beitrag von Paul Rechsteiner erschienen zuerst in der Gewerkschaftszeitung work. www.workzeitung.ch	

Die Geschichte darf sich nicht wiederholen

Vania Alleva, Co-Präsidentin Unia

Mein Vater war Saisonnier, er hat in Baracken gelebt. Meine Mutter hatte Glück, sie erhielt auf Anhieb eine Jahresbewilligung als Arbeiterin in der Fabrik. Beide erzählten uns Kindern von ihren Erlebnissen mit dem Saisonnierstatut, das sie zu Arbeitnehmenden zweiter Klasse machte. Es verlangte die dauernde Rotation der Einwanderer.

«Mein Vater war Saisonnier, er hat in Baracken gelebt.»

Alle paar Monate mussten sie zurück in ihr Ursprungsland. Und jedes Mal bei der Wiedereinreise wurden sie demütigenden Kontrollen unterworfen. Meine Eltern hatten Freunde, die gezwungen waren, ihre Kinder zu verstecken. Es sind Geschichten von fehlendem Respekt und verweigerter Würde. Geschichten aus der Apartheid nach Schweizerart.

Nach jahrzehntelangem Kampf der Gewerkschaften und anderer sozialer Bewegungen konnte das Saisonnierstatut abgeschafft werden. Mit der Einführung der Personenfreizügigkeit im Jahr 2002 fand dieses dunkle Kapitel für den grössten Teil der Migrantinnen und Migranten in der Schweiz ein Ende.

DER RÜCKFALL

Und jetzt das: Gleich zweimal sind die Stimmberechtigten dieses Jahr an die Urne gerufen, um über Initiativen abzustimmen, die einen abschottenden und fremdenfeindlichen Inhalt haben. Am 9. Februar 2014 hat eine knappe Mehrheit der SVP-Initiative zugestimmt. Sie schlug die Warnungen der Gewerkschaften vor den gefährlichen Folgen diskriminierender

Kontingentierungen und prekärster, unmenschlicher Aufenthaltsbewilligungen in den Wind. Bei der Ecopop-Abstimmung wird das hoffentlich nicht wieder geschehen.

So oder so, das Jahr 2014 steht schon jetzt für eine grosse Zäsur in der jüngeren Geschichte. Wir riskieren, in überwunden geglaubte Zustände zurückzufallen.

Wie soll die Masseneinwanderungsinitiative jetzt umgesetzt werden? Die Diskussionen darüber laufen heiss. Unter keinen Umständen darf die Politik jetzt auf prekäre Aufenthaltsbewilligungen und einen Abbau der Arbeitnehmerrechte setzen. Es braucht im Gegenteil mehr Schutz vor Dumping für alle Arbeitnehmenden, insbesondere auch für die älteren. Es braucht eine Weiterbildungsoffensive, die diesen Namen verdient, und die Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

STARKES ZEICHEN

Diese Broschüre und die Wanderausstellung zu den Saisonniersbaracken haben ganz konkrete Ziele: Die Unia will in der heutigen verhärteten Situation das Bewusstsein schärfen für die krassen Fehler der Vergangenheit. Die Geschichte darf sich nicht wiederholen. Die Unia will aufzeigen, welche Errungenschaft die Personenfreizügigkeit für die Rechte der Arbeitnehmenden darstellt. Und sie will die aktuellen Diskussionen um unser Verhältnis zu Europa dahingehend beeinflussen, dass der Schutz aller Arbeitnehmenden wieder in den Vordergrund rückt. Der Ausgang kommender Abstimmungen über die Weiterführung der Bilateralen wird entscheidend davon abhängen, inwieweit es gelingt, diesen Schutz zu verbessern.

Wir wollen jetzt ein Zeichen setzen. Ein starkes Zeichen für mehr Solidarität, Gleichheit, Gerechtigkeit und Würde für alle Arbeitnehmenden.